

NACH ERGEBNISLOSER VERHANDLUNG BESCHLIESSEN TARIFKOMMISSIONEN ANTRAG AUF URABSTIMMUNG

...sonst streikt's

Nach ergebnislosem Abbruch der fünften Verhandlung für die Mittelgruppe (s. unten) und nachdem sich schon vorher in Thüringen nichts mehr bewegen ließ, haben die Tarifkommissionen aller Tarifgebiete am 20. April einstimmig beschlossen: Wir beantragen beim IG Metall-Vorstand die Feststellung des Scheiterns und die Urabstimmung.

Der Beschluss unterstreicht, dass die IG Metall nach wie vor bereit ist, „am Verhandlungstisch zu akzeptablen Lösungen“ zu allen Forderungsbestandteilen zu kommen. Er setzt dafür aber auch eine Frist: Bis zum

Ablauf des 24. April 2006 muss es einen Abschluss geben. Andernfalls soll der Vorstand über die Anträge entscheiden.

Die tolle Beteiligung an den Warnstreiks (s. S. 2 bis 4) zeige, dass die Beschäftigten bereit seien, „für ihre Forderungen auch in einen Arbeitskampf zu ziehen“, sagte Bezirksleiter Armin Schild. Er dankte den Metallertinnen und Metallern. Das Verhalten der Arbeitgeber, die Verhandlungen bis zuletzt mit einem mehr als mickrigen Angebot zu blockieren, verurteilte er als „beschämend“. Er rief dazu auf, alles für eine erfolgreiche Urabstimmung und für einen kräftigen Arbeitskampf zu tun.



Friedberg, 20. April: Tarifkommissionen einstimmig für Urabstimmung

KEIN NEUES ANGEBOT DER ARBEITGEBER AUS DER MITTELGRUPPE

Die Blockade ging weiter

Fünfte Verhandlung am 19. April in Darmstadt für die Mittelgruppe: Keine Bewegung bei den Arbeitgebern in der Geldfrage. Sie blieben bei ihren provozierenden zweimal 1,2 Prozent für jeweils zwölf Monate plus 0,6 Prozent Einmalzahlungen in diesem und 0,4 im nächsten Jahr. Das war der Abbruch.

Immerhin: Bei den vermögenswirksamen Leistungen und bei

einem Tarifvertrag Innovation und Qualifizierung gab's ein bisschen Bewegung. Man nimmt die hierzu in Nordrhein-Westfalen erzielten Verhandlungsstände, die keineswegs schon lösungsreif sind, zur Kenntnis.

Doch in der Kernfrage der Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen setzten die Arbeitgeber ihre Blockade fort. Für unseren Bezirksleiter und Verhandlungs-

fürer Armin Schild Anlass zu heftiger Kritik: „Seit 11. Dezember ist das, was die Arbeitgeber als Angebot bezeichnen, öffentlich bekannt. Es ist ein Skandal, die Friedenspflicht verstreichen zu lassen, dann erst diesen angeschimmelten Magerkäse auf den Tisch zu legen und jetzt, wo es schon Spitz auf Knopf steht, nicht nachzubessern.“

Ebenso skandalös sei es, gegenüber den Medien eine Nach-

besserung anzukündigen und diese Ankündigung dann in den Verhandlungen Lügen zu strafen. Die Arbeitgeber wollten offenbar einen Arbeitskampf provozieren, anders sei dieses Verhalten nicht zu werten.

Er kündigte an, die Tarifkommissionen würden am nächsten Tag die notwendige Antwort geben. Was sie dann (s. oben) in eindrucksvoller Weise auch getan haben.

132 000 machten Druck

Tolle Warnstreik-Bilanz: In mehr als 500 Betrieben in Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und im Saarland haben seit 29. März über 132 000 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt, sind vor die Tore und auf Kundgebungen gezogen. Viele sogar mehrfach. Der Betrieb ruhte meist für ein, zwei Stunden, manchmal fielen ganze Schichten aus. Der 19. April, Verhandlungstag für die Mittelgruppe, war noch mal ein Höhepunkt. An Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen beteiligten sich

mehr als 13 000 Beschäftigte. In Herborn gingen 2900 aus 22 Betrieben am Vormittag bis Schichtende in Warnstreiks. In Hanau sind 400 Metallerrinnen und Metaller aus sechs Betrieben in 85 Autos zum dortigen Arbeitgeber-Verband gefahren und haben symbolisch Betonköpfe überreicht. In Offenbach haben 1500 Beschäftigte aus acht Betrieben die Arbeit niedergelegt. 150 sind in Darmstadt trommelnd und pfeifend vors und ins Verhandlungslokal gezogen. In Würth sind 5000 Beschäftig-

te aus fünf Betrieben vom DaimlerChrysler-Tor zu einer Kundgebung in die Innenstadt gezogen. In einem Autokorso sind in Neuwied 300 Beschäftigte aus 16 Betrieben zu einer Kundgebung gefahren. In Kaiserslautern hat Bezirksleiter Armin Schild vor über 3000 Beschäftigten aus sieben Betrieben geredet. Auch in Thüringen war was los: 120 Beschäftigte des Kae- ser Kompressorenwerks in Gera und 80 der Magna Cosma Europe in Heiligenstadt ließen die Arbeit ruhen.



Herborn, 19. April: 2900 aus 22 Betrieben mach



Darmstadt, 19. April: 150 Metaller rückten Arbeitgebern auf die Pelle



Herdorf, 4. April: Beschäftigte der Firma Federal Mogul gut aufgestellt



Kaiserslautern, 19. April: Bezirksleiter Armin Schild vor 3000 Demonstranten



Homburg, 30. März: Kamax-Belegschaft zieht raus in die Natur



Kassel, 12. April: Warnung auf dem bezirklichen Jugendaktionstag



Kaiserslautern, 7. April: Keiper-Kollege hält Forderung hoch



Starker Druck auf die Verhandlung in Darmstadt



Heiligenstadt, 19. April: Warnstreik bei Magna Cosma Europe



Gotha, 11. April: Für ZF-Kollegen scheint die Sonne



Würth, 19. April: 5000 demonstrierten in die Stadt

ZUR SACHE

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

die Arbeitgeber sind offensichtlich auf Streik aus. Und wenn sie sich nicht noch ganz schnell für ein deutlich verbessertes Angebot und für ernsthaftes Verhandeln entscheiden, wird der Arbeitskampf unausweichlich. Das sind wir der Entwicklung von Binnen- nachfrage und Konjunktur, aber auch unserem Anspruch auf gerechte Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt schuldig.

Ihr habt mit Eurer großartigen Beteiligung an den unzähligen Warnstreik-Aktionen gezeigt, dass Ihr dazu bereit und vor allem auch in der Lage seid. Zu dieser Kraft, die die Arbeitgeber offenbar völlig falsch einschätzen, möchte ich Euch beglückwünschen. Sie wird, da bin ich mir sicher, ausreichen, den Versuch der Arbeitgeber abzuwehren, die Wahl-niederlage von Schwarz-Gelb für die Wirtschaft nicht gelten zu lassen.

Die Arbeitgeber werden zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Menschen die alten neoliberalen Sprüche Leid sind, sie müssten verzichten, damit es mit Wirtschaft und Jobs aufwärts gehe. In Wahrheit sollen wir verzichten, damit die Renditen der Besitzenden und Vermögenden weiter steigen.

Wenn sie es nicht doch noch rechtzeitig einsehen, dann werden Unternehmer eben auf ihre Beschäftigten verzichten müssen, die von ihrem demokratischen Recht auf Gegenwehr durch Streik Gebrauch machen. Was die Arbeitgeber vorführen ist Angriff, Streik ist Notwehr.

Euer Armin Schild



Ein Baustein für die Altersversorgung

Zu unserer Forderung nach Neuabschluss des Tarifvertrags vermögenswirksame Leistungen (VWL) gehört der Vorschlag, sie zu einem Baustein für die Altersversorgung zu machen. Die Vorteile zeigt folgender Beitrag auf.

rente. Dieser Weg hat erhebliche dauerhafte steuerliche Vorteile für Arbeitnehmer.

2. Nutzung der VWL im Rahmen der Entgeltumwandlung wie bisher.

3. Der Arbeitgeber zahlt die VWL für den Arbeitnehmer in einen Riester-Rentenvertrag. Vom Staat erhält der Arbeitnehmer die so genannte Riesterförderung dazu - für die 319 Euro sind dies im Jahr 2006 etwa 40 Euro Grundförderung und weitere 49 Euro je Kind (bei einem Vorjahreseinkommen von rund 30000 Euro). Wenn der Arbeitnehmer seinen Beitrag bis auf drei Prozent seines Vorjahreseinkommens aufstockt, erhält er sogar 114 Euro Grundförderung plus 138 Euro je Kind. Ab 2008 werden diese Sätze nochmals kräftig steigen.

Für alle Modelle gilt: Ein zusätzliches, tariflich geregeltes Standbein für eine auskömmliche und stabile Rente ist für alle Arbeitnehmer in der Metallindustrie finanziell attraktiv. Was passiert mit bestehenden Verträgen – etwa mit Bauspar-Kassen und Lebensversicherungen? Sie können in jedem Fall fortgeführt werden. Und selbst für diejenigen, die bereits einen Anschlussvertrag ins Auge gefasst haben, wird es Übergangsfristen geben.

Die Umwandlung der VWL in einen Baustein für die Alterssicherung ist dringend nötig, um die künftigen Renteneinkommen zu sichern. Denn nach dem neuen Alterssicherungsbericht der Bundesregierung wird das Problem immer dringlicher. Das Nettorentenniveau wird von derzeit 52,7 auf 46,3 Prozent in 2019 und auf 43 Prozent in 2030 sinken. Die gesetzliche Rente bleibt so zwar der wichtigste Teil der Altersvorsorge, sie reicht aber künftig für die Sicherung des Lebensstandards nicht mehr aus.

Ohne zusätzliche Vorsorge droht Altersarmut. Ein tariflich gesicherter Baustein für die zusätzliche Alterssicherung ist folglich für Jung und Alt ein Stück Zukunftsvorsorge. Wie könnte das funktionieren? Die IG Metall fordert drei Gestaltungsmöglichkeiten:

1. Ausbau der „Betriebsrente“ – der Arbeitgeber gibt für die jährlich 319 Euro VWL eine wertgleiche Zusage auf eine Betriebs-



Neuwied, 3. April: Bei Winkler + Dünnebier ist die Belegschaft draußen



Koblenz, 7. April: Warnstreikende Metaller dicht gedrängt



Hanau, 19. April: Bevollmächtigter überreicht Arbeitgeber Betonköpfe



Erfurt, 10. April: Umformtechniker schließen die Reihen fest



Eisenach, 11. April: Warnstreik-Aktion im Morgengrauen bei Bosch



Kassel, 7. April: 3500 Metallerrinnen und Metaller ziehen zum Rathaus